

## 50 Jahre Psychiatrie-Enquête - Kein Grund zum Feiern

Wikipedia schreibt:

Der **Bericht über die Lage der Psychiatrie in der Bundesrepublik Deutschland** – so die offizielle Bezeichnung der Psychiatrie-Enquête – wurde im September 1975 fertiggestellt und hat einen Umfang von 430 DIN-A4-Seiten. Er wurde im Auftrag des Bundestages von einer Sachverständigenkommission aus rund 200 Mitarbeitern aller Bereiche der Psychiatrie erstellt.

Der Bericht

Die Bundesrepublik Deutschland hatte bis dahin einen mühsamen Weg in Sachen Psychiatrie hinter sich und begann erst Jahrzehnte nach den NS-Krankenmorden, sich mit der Situation der psychisch Kranken in der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. 1970 befasste sich der Deutsche Ärztetag erstmals in seiner Geschichte mit der psychiatrischen Versorgung. Bis 1972 wurden die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) und die Aktion Psychisch Kranke e. V. gegründet. Letztere umfasste Vertreter aller Interessengruppen und erhielt die Geschäftsführung der Psychiatrie-Enquête übertragen, welche am 31. August 1971 konstituiert wurde.

Auftragsgemäß legte die Kommission im Oktober 1973 einen Zwischenbericht vor, der schwerwiegende Mängel bei der Versorgung psychisch Kranker offenbarte. In ihm wurde festgestellt, „daß eine sehr große Anzahl psychisch Kranker und Behinderter in den stationären Einrichtungen unter elenden, zum Teil als menschenunwürdig zu bezeichnenden Umständen leben müssen.“ Die wichtigste Forderung der Sachverständigenkommission war die nach „Sofortmaßnahmen zur Befriedigung humaner Grundbedürfnisse“.

Darüber hinaus äußerte die Sachverständigenkommission die Auffassung: „Die psychiatrische Krankenversorgung (ist) grundsätzlich ein Teil der Gesamtmedizin (...). Demgemäß muß das System der psychiatrischen Versorgung in das bestehende System der allgemeinen Gesundheitsvorsorge und -fürsorge integriert werden. Dem psychisch Kranken muß prinzipiell mit den gleichen Rechten und auf dem gleichen Wege wie dem körperlich Kranken optimale Hilfe unter Anwendung aller Möglichkeiten ärztlichen, psychologischen und sozialen Wissens gewährleistet werden.“

Empfehlungen

- Förderung von Beratungsdiensten und Selbsthilfegruppen
- Gemeindenahe Versorgung
- Umstrukturierung der großen psychiatrischen Krankenhäuser
- Getrennte Versorgung für psychisch Kranke und geistig behinderten Menschen
- Gleichstellung somatisch und psychisch Kranker
- Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung
- Versorgung psychisch Kranker und Menschen mit einer Behinderung als Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung

Ende Wikipedia-Zitat

Vieles von dem, was die Psychiatrie-Enquête forderte, wurde erreicht.

## Warum wollen wir trotzdem nicht feiern?

Immer noch kommen in den Psychiatrien jedes Jahr 2.000 bis 3.000 Menschen zu Tode. Immer noch ist die Suizidrate im halben Jahr nach Entlassung aus der Psychiatrie um das 100-fache erhöht. Immer noch ist die Lebenserwartung dauerhafter Neuroleptika-Konsument/inn/en um 20 bis 30 Jahre verkürzt.

Immer noch gibt es Sondergesetze gegen psychisch Kranke. Stellen Sie sich Diabetikergesetze, Türkengesetze oder Judengesetze vor. Gruselig, nicht wahr?

Es ist inzwischen viel schwieriger dem Psychiatriesystem zu entkommen. Die Lügenparole „ambulant vor stationär“ bedeutet real „mehr ambulant, mehr stationär“.

Die Psychiatrien sind in diesen 50 Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen. Die Forensiken sind gefolgt. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Die Menschen stehen Schlange vor Psychiatrien, Heimen und Werkstätten für Behinderte. Die psychiatrische Propaganda wirkt und redet immer mehr Menschen ein, sie könnten ihr Leben keinesfalls ohne die freundlichen Helferlein regeln.

Angeblich ist schon ein Drittel der Deutschen „psychisch krank“. Merkt denn keiner was?

Ein Fünftel der jährlich 1,2 Millionen Psychiatrieaufenthalte geschieht gegen den Willen der Menschen. Die richterliche Kontrolle dieser Unterbringungen ist eine Farce. Meistens sind die Richter nur Schreibgehilfen der Ärzte.

Angeblich sind die Untergebrachten für sich oder Andere gefährlich. Wenn mal ein Untergebrachter wirklich gefährlich ist, wird das gern mal ignoriert. Kommt es dann zu Tötungsdelikten, hat man wunderbar die eigene Einsperrpraxis bei den vielen Harmlosen gerechtfertigt.

Siehe z.B. die brutale Ermordung der Kamilla Nagy. Der Täter hatte die Ermordung eines Menschen angekündigt – kein Grund für besondere Vorsicht – Freispruch fürs Personal durch die Justiz.

Siehe <https://kamillanagy.de/>